

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses**Verhaltensregeln für Abgeordnete****I. Bericht**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 10. Dezember 2015 den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Änderung der Verhaltensregeln für Abgeordnete für mehr Transparenz bei entgeltlichen Tätigkeiten außerhalb des ausgeübten Berufs“ (Drs. 19/146) an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Mit dem Antrag wird eine weitgehende Offenlegung steuerpflichtiger Einnahmen, die nicht mit dem ausgeübten Beruf zusammenhängen, angestrebt. Damit soll dem Eindruck entgegengewirkt werden, die Bezüge der Bürgerschaftsabgeordneten und damit ihre wirtschaftlichen Abhängigkeiten seien nicht völlig transparent.

Außerdem hat die Bürgerschaft (Landtag) in ihrer Sitzung am 10. Dezember 2015 den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP „Transparenz bei Nebenverdiensten schaffen“ (Drs. 19/215) zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss überwiesen. Nach diesem Entwurf ist vorgesehen, steuerpflichtige Einnahmen, die nicht mit dem ausgeübten Beruf zusammenhängen, im Rahmen eines Stufenmodells offenzulegen. Zur Begründung wird ausgeführt, das Stufenmodell sei erforderlich, um der verfassungsrechtlich garantierten Freiheit des Abgeordnetenmandats Genüge zu tun.

Der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss hat beide Anträge in seiner Sitzung am 22. Januar 2016 beraten. Er sprach sich mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen sowie DIE LINKE und gegen die Stimme des Mitglieds der Fraktion der FDP für den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Änderung der Verhaltensregeln für Abgeordnete für mehr Transparenz bei entgeltlichen Tätigkeiten außerhalb des ausgeübten Berufs“ (Drs. 19/146) aus. Zur Begründung stellte der Ausschuss insbesondere auf die Praktikabilität der angestrebten Regelung zur Veröffentlichung steuerpflichtiger Einnahmen, die nicht mit dem ausgeübten Beruf zusammenhängen, ab.

Den Antrag der Fraktion der FDP „Transparenz bei Nebenverdiensten schaffen“ (Drs. 19/215) lehnte der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen sowie DIE LINKE und gegen die Stimme des Mitglieds der Fraktion der FDP ab, weil er nicht praktikabel und nicht sinnvoll sei. Das Stufenmodell sei nicht auf die Verhältnisse der Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft übertragbar.

II. Antrag

Der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Änderung der Verhaltensregeln für Abgeordnete für mehr Transparenz bei entgeltlichen Tätigkeiten außerhalb des ausgeübten Berufs“ (Drs. 19/146) zu beschließen und den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP „Transparenz bei Nebenverdiensten schaffen“ (Drs. 19/215) abzulehnen.

Christian Weber
(Präsident)